Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2018-10-12

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: Behindertenbeirat der
Landeshauptstadt
Schwerin
Telefon: (03 85) 5 45 49 91

**Antrag
Drucksache Nr.**

01578/2018

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in der Kindertagesstätte für Kinder mit Behinderung unter drei Jahren

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdiensten und ggf. anderen Beteiligten, gemäß § 11a Absatz 4 sowie § 14 KiFöG, in der Stadt Schwerin Bedingungen zu schaffen, durch die auch für Familien mit Kindern mit Behinderung unter drei Jahren bedarfsgerechte Betreuungsplätze in Kindertagesstätten in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung

Die Geburt eines Kindes ist für alle Familien ein ganz besonderes Ereignis in ihrem Leben. Die Geburt eines Kindes mit Behinderung stellt die Eltern vor zusätzliche Herausforderungen und Belastungen. Familien mit (Klein-) Kindern mit Behinderung brauchen daher früh passgenaue und verlässliche Hilfen. Sie brauchen zudem auch eine Entlastung im Familienalltag.

Auch Mütter und Väter mit behinderten Kindern wollen und müssen Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Sie erwarten, dass auch für ihre Kinder mit Behinderung flächendeckend und in ausreichender Zahl entsprechend geeignete Betreuungsangebote außerhalb der Familie vorhanden sind.

In der Landeshauptstadt Schwerin wird eine integrative Betreuung in Kindertagesstätten erst für Kinder ab drei Jahren angeboten. Es gibt keine Integrationsplätze im Krippenbereich.

Seit dem 01. August 2013 haben alle Eltern in der Bundesrepublik Deutschland gemäß §24 SGB VII für Kinder ab den ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Gemäß §14 KiFöG obliegt die Sicherstellung des Bedarfs durch einen ausreichenden Bestand an Einrichtungen und Diensten den öffentlichen Trägern der öffentlichen

Jugendhilfe.

Laut § 11a Absatz 4 sind in integrativen Gruppen in Kindertageseinrichtungen und Sonderkindergärten in Abhängigkeit von der Behinderung der Kinder zusätzlich zu den Fachkräften nach § 11 Absatz 1 staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher mit einer sonderpädagogischen Zusatzausbildung oder staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger einzusetzen.

Der Rechtsanspruch gilt dementsprechend auch für Eltern behinderter Kinder.

Die Kosten für das zusätzliche Personal sind im Rahmen des SGB IX und XII als Pflichtleistung vom Sozialamt zu tragen (Eingliederungshilfe).

In der Landeshauptstadt Schwerin ist eine solche Leistung nicht vorgesehen. Ein Mehrbedarf wird in der Regel negiert.

Behinderte Kinder mit erhöhtem Hilfebedarf benötigen in der Regel zumindest zeitweise eine 1:1 Betreuung, wodurch der notwendige Personalschlüssel von 1:6 für die übrigen Kinder nicht mehr einzuhalten ist.

Einige integrative Kindertagesstätten in der Stadt bemühen sich, auch für Kinder mit Behinderung unter drei Jahren ein Angebot vorzuhalten, müssen schwerer behinderter Kinder mit erhöhtem Hilfebedarf aber ablehnen, wenn sie dadurch den für die Betriebserlaubten notwendigen Personalschlüssel nicht mehr vorhalten können. Eine Verpflichtung, auch Kinder mit erhöhtem Hilfebedarf aufzunehmen, besteht nach unserer Kenntnis nicht.

Im Einzelfall kann bereits jetzt durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes geklärt werden, ob die Betreuung in einer Regel – Krippengruppe mit heilpädagogischem Personal sinnvoll und notwendig ist.

Derzeit ist die Situation vor Ort offenbar für keinen der Beteiligten zufriedenstellend. Die Stadt kann die Betreuung von Kindern mit Behinderung unter drei Jahren nicht sicherstellen, obwohl sie gemäß KiFöG dazu verpflichtet wäre. Die Kindertagesstätten würden die Kinder gerne aufnehmen und betreuen. Ihnen stehen aber nicht die notwendigen personellen und sächlichen Ressourcen dafür zur Verfügung. Die Familien geraten teilweise in Existenznot, weil mit dem Ende der Elternzeit häufig kein Betreuungsplatz zur Verfügung steht.

Als Behindertenbeirat sind wir darum an einer raschen Lösung interessiert, die sich an den gesetzlichen Regelungen des SGB VIII und des KiFöG orientiert.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

---

gez. Angelika Stoof
Vorsitzende des Behindertenbeirates der
Landeshauptstadt Schwerin